

Vollzugsstelle für den Zivildienst
Rechtsdienst
Malerweg 6
3600 Thun

12. Dezember 2013

Revision des Zivildienstgesetzes

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Revision des Zivildienstgesetzes. Der Zivildienst ist seit seiner Einführung 1996 zu einer wichtigen und wertvollen Institution geworden, die weit über die reine Dienstpflichterfüllung hinaus geht. Zivildienst ist Lebensschule, nützt Menschen und Natur und stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft. Er hat seine Zuverlässigkeit und seinen Nutzen mehrfach unter Beweis gestellt. Entsprechend liegt der EVP an einer sorgfältigen Weiterentwicklung, welche den Zivildienst stärkt und dessen Grundzüge bewahrt.

Allgemeine Bemerkungen

Die EVP hält fest, dass sich die durch den Unterzeichneten angeregte Tatbeweislösung bewährt. Der Zivildienst hat sich auf stabilem Niveau etabliert, die Armeebestände sind nicht gefährdet. Es besteht kein Anlass, die Zulassungszahlen zu senken oder die Attraktivität des Zivildienstes zu reduzieren. Massnahmen zur Reduktion der Zivildienstzulassungen, welche über den vorliegenden Entwurf hinausgehen, werden von der EVP klar abgelehnt.

Neue Tätigkeitsbereiche (Art. 4)

Die EVP begrüsst die Erweiterung der Tätigkeitsbereiche des Zivildienstes, insbesondere die Schaffung des neuen Bereichs Schulwesens, wie es von der EVP im Parlament verlangt worden ist. Sie ist überzeugt, dass Zivildienstleistende an Schulen wertvolle Unterstützungsarbeit leisten können und dass diese Einsätze die Akzeptanz des Zivildienstes als ziviler Ersatzdienst weiter erhöhen werden. Weiter unterstützt die EVP, dass die Vollzugsstelle künftig Versuche in neuen Tätigkeitsbereichen vornehmen kann.

Mit der Schaffung neuer Tätigkeitsbereiche ist jedoch die Beschränkung der Zivildiensteinsätze für jeden Zivildienstleistenden auf zwei Tätigkeitsbereiche, wie sie in der aktuellen Zivildienstverordnung von 2011 geregelt ist, dringend zu überdenken. Es gibt keine objektiven Gründe für diese Beschränkung der

Tätigkeitsbereiche. Mit einer Aufhebung dieser Regelung kann der Vollzug vereinfacht und beschleunigt werden. Sie steht weiter im Widerspruch zur Neuregelung, wonach die Ausbildung der Zivildienstleistenden durch die Vollzugsstelle geschieht und nicht mehr durch die Einsatzbetriebe. Angesichts der sich verknappenden Einsatzplätze ist es schliesslich wichtig, dass Zivildienstwillige in ihrer Einsatzplanung nicht unnötig eingeschränkt werden.

Zulassung und Einführungstag (Art. 16 – 18)

Die EVP unterstützt einen obligatorischen Einführungstag vor der definitiven Zulassung zum Zivildienst. Damit werden nur Zivildienstwillige zum Dienst zugelassen, welche über ihre Rechte und Pflichten informiert sind und die wissen, was sie erwartet. Hingegen ist es für die EVP ein Schritt in die falsche Richtung, wenn neu ein Gesuch erst nach der Rekrutierung eingereicht werden kann. Es muss weiter eine Möglichkeit geben, direkt in den Zivildienst zu wechseln, ohne die militärische Rekrutierung zu besuchen. Wer aus Gewissensgründen konsequent auf die Beteiligung an der Armee verzichten will, muss die Möglichkeit eines zivilen Ersatzes auch bei der Tauglichkeitsprüfung haben.

Einsicht in hängige Strafverfahren ohne Einverständnis (Art. 19 bzw. Art. 12)

Die EVP beurteilt kritisch, dass die Vollzugsbehörde neu Einsicht in die Strafregisterdaten haben soll. Mit der Schaffung des neuen Strafregisters besteht die Gefahr, dass bald jede Behörde in der einen oder anderen Form Einsicht nehmen kann. Dies ist aus Sicht des Datenschutzes bedenklich. Die Persönlichkeitsrechte der Zivildienstleistenden sind zu berücksichtigen.

Spesenreduktion (Art. 29) und reduzierte Pflichten der Vollzugsstelle (Art. 26)

Die bisherige Pflicht eines Einsatzbetriebs, Zivildienstleistende für das Übernachten zu Hause Spesen zu entrichten, war ein Kuriosum, dessen Streichung zweckmässig und sinnvoll ist. Allerdings können durch eine erneute Kürzung der Spesen besonders Zivildienstleistende, die nur den Mindestsatz an Zahlungen gemäss Erwerbsersatzordnung (EO) erhalten und familiäre Verpflichtungen haben, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Anders als für Militärdienstleistende besteht für Zivis kein Sozialdienst, der solchen Menschen beratend und finanziell weiterhilft. Dass die Vollzugsstelle mit der Änderung von Art. 26 zusätzlich aus der Pflicht genommen wird, verstärkt diese Ungleichheit. Im Zivildienst braucht es ebenfalls Ressourcen und eine Stelle mit entsprechendem Auftrag, die Zivis weiterhilft, die während ihres Dienstes in finanzielle oder andere Schwierigkeiten geraten.

Verbesserung der Ausbildung (Art. 36)

Eine bessere Ausbildung klingt immer gut und so kann sich auch die EVP nicht ernsthaft gegen die Bemühungen stellen, Zivildienstleistende besser auf ihre Einsätze vorzubereiten. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass es ein grundsätzlicher Wesenszug des Zivildienstes ist, dass die Dienstleistenden in der Regel keine spezifischen Kompetenzen mitbringen. Der Dienst steht im Vordergrund, eine Professionalisierung ist nicht das Ziel. Das ist auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktneutralität wichtig. Die Zivis ergänzen und entlasten die Berufsleute. Sie können eine wertvolle Aussensicht einbringen und haben die Möglichkeit, Berufsfelder kennen zu lernen, die ihnen bislang nicht vertraut waren. Entscheidend für die Qualität und Effizienz der Einsätze sind weniger fachliche, sondern vielmehr persönliche Kompetenzen, z.B. Teamfähigkeit und Einsatzbereitschaft, welche sich kaum vermitteln lassen. Es wäre schade, wenn der Zivildienst weniger als Dienst an der Allgemeinheit verstanden würde, sondern vermehrt als Möglichkeit für die Einsatzbetriebe, vergleichsweise kostengünstig zu den benötigten Kompetenzen zu kommen. Schliesslich sind auch die mit dem Aufbau und der Durchführung der Ausbildungskurse verbundenen Kosten im Auge zu behalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Studer'.

Parteipräsident
Heiner Studer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joel Blunier'.

Generalsekretär
Joel Blunier